

KOMMUNALE STRATEGIEN DER NAZIS HEUTE

Die mediale Fokussierung auf neonazistische Wahlergebnisse, Agitation, Propaganda und Hetze bezieht sich in den meisten Fällen auf die Arbeit der NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Tatsache, dass neonazistische Parteien deutschlandweit in einer Reihe von kommunalen Gremien vertreten sind, unter anderen in Sachsen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen, wird deutlich weniger betrachtet, analysiert und skandalisiert. Dies verwundert – bildet doch die kommunale Arbeit der neonazistischen Parteien die Basis für deren überregionale Aktivitäten. Und ist damit integraler Bestandteil ihrer politischen Strategie.

Kampf um dieses, Kampf um jenes – das politische Konzept der NPD In einem so genannten Vier-Säulen-Konzept hat die NPD die strategischen Grundpfeiler ihrer politischen Praxis definiert: den »Kampf um die Parlamente«, den »Kampf um die Straße«, den »Kampf um die Köpfe« und den »Kampf um den organisierten Willen«. Ursprünglich als »Drei-Säulen-Konzept« entstanden und mit der Übernahme des Bundesvorsitzes durch Udo Voigt eingeführt, kam im Jahr 2004 die Säule »Kampf um den organisierten Willen« hinzu. Sie bezeichnet die Bestrebungen der NPD, Einigkeit ins neonazistische Lager von DVU, NPD und Freien Kameradschaften zu bringen. Mit dem »Kampf um die Straße« zielt die NPD darauf ab, durch viele polarisierende und Aufsehen erregende Demonstrationen auf den Straßen und in der medialen Berichterstattung präsent zu sein. Diese Strategie lehnt sich an die historischen Vorbilder der NPD aus der NSDAP an und findet sein taktisches und aktionistisches Pendant in der Straßen-Agitation und -Gewalt der SA (Sturmabteilung).

Im Bezug auf kommunale Politik sind vor allem der »Kampf um die Parlamente« und der »Kampf um die Köpfe« interessant. Seit dem Jahr 2004 bezeichnet die NPD den »Kampf um die Parlamente« als wichtigste Ausrichtung ihrer politischen Arbeit. Durch die Teilnahme an parlamentarischen Prozessen verfügt die NPD über eine Bühne, ihre menschenverachtende Propaganda über ihre eigentliche Klientel hinaus zu streuen. Außerdem können so öffentlichkeitswirksame Tabubrüche vollzogen werden. Diese haben eine doppelte Funktion: zum einen, die eigene Anhängerschaft von der Radikalität der Partei immer wieder zu überzeugen und zum anderen, – trotz der im allgemeinen eher erfolglosen realpolitischen Tätigkeiten im kommunalen Rahmen – Beachtung über die Parteigrenzen und die neonazistische Anhängerschaft hinaus zu erhalten. In diesem Sinne inszenierte Tabubrüche der NPD waren beispielsweise das Gerede vom »Bombenholocaust der Alliierten« im Dresdner Landtag anlässlich des 13. Februar (Tag der Bombardierung Dresdens) oder aber die Forderung, eingebracht in eine Berliner kommunale Vertretung, einem Platz den Namen des Mörders von Rosa Luxemburg zu geben.

Der dritte Vorteil, der sich für die neonazistische Partei durch die parlamentarische Arbeit ergibt, ist der Schutz vor Zugriffen vonseiten des Staates. Eine Partei, die sich durch demokratische Wahlen legitimieren lässt und leider auch durch

eine entsprechende Wählerschaft legitimiert wird, begrenzt damit die Möglichkeiten staatlicher Repression. Das immer wieder durch Politiker/-innen und Prominente geforderte Verbot der NPD zum Beispiel wird dadurch massiv erschwert.

Was nun die vierte und letzte Säule betrifft, den »Kampf um die Köpfe«, so sind damit einerseits Schulungen und Weiterbildungen in den eigenen Reihen gemeint. Um neue Personen und Nachwuchs für höhere Aufgaben in der NPD bewusst zu formen – etwa Rhetorik-Kurse für angehende Kader. Andererseits geht es um die Verankerung der Partei in der Bevölkerung. Kontinuierliche Präsenz vor Ort, Engagement in Vereinen, kommunalen Gremien und Initiativen und das Auftreten als »netter Nazi von Nebenan« sollen der menschenverachtenden Politik der NPD ein menschelndes Gesicht geben und damit wie beiläufig Menschen von ihren politischen Zielen überzeugen.

Der Trick mit den »weichen Bürgeranliegen« – Türöffnerpolitik Erklärtes Ziel neonazistischer Parteien wie der NPD ist es, durch Kommunalpolitik ihre »allgemeine Ausgrenzung« zu verhindern. Dies soll vor allem über so genannte weiche Bürgeranliegen geschehen. Nicht also radikale Themen wie nationale Revolution oder Verherrlichung des Nationalsozialismus sollen auf der Agenda stehen, sondern bürgernahe Themen wie Tierschutz, Naturschutz, Familienpolitik, Sozialberatungen oder Jugendarbeit. Themen also, die die Menschen unmittelbar betreffen und für die sie sich deshalb interessieren. Diese und ähnliche Themen fungieren dann oftmals als Türöffner für die neonazistische Politik.

Der »nette Nazi von Nebenan« – kommunale Bestrebungen am Beispiel Sächsische Schweiz Die Sächsische Schweiz kann als Paradebeispiel für die kommunalpolitische Strategie der NPD herangezogen werden. Dort, wo die Neonazi-Partei bei Kommunalwahlen mitunter mehr als 25 Prozent der Stimmen erhält und damit etablierte Parteien wie die SPD hinter sich lassen kann, ist auffallend, dass scheinbar ganz »normale« Bürger/-innen aus der Mitte der Gesellschaft Politik für die NPD machen. Sie nutzen ihre Verankerung und ihr Ansehen vor Ort, um rassistische und antisemitische Hetze mit »normaler« kommunaler Politik zu vermischen. Neben neonazistischen Aktivitäten wie Fackelmärschen, Sonnenwendfeiern und Forderungen wie »Kriminelle Ausländer raus«, beteiligen sich hier Kom-

municipal politicians of the NPD at football tournaments, in local home clubs or in mountaineering clubs. The apparent normality leads, in addition, to the fact that the NPD is relatively unharmed by radical groups from the comradeship milieu or the Neonazi-Skinhead-Music-Network can establish.

The anchoring of neo-Nazi politicians/women in local structures and in the pre-political space, as it is in the Saxon Switzerland, which takes place in Saxony, has a role model function within the NPD. Similar conditions are found in Thuringia, Mecklenburg-Vorpommern and also in Brandenburg. Participation in communal life and the mixing of neo-Nazi theory and practice with everyday politics blurs the view of citizens/women on the NPD. The social status of NPD politicians/women leads to further sympathies and gains in votes. Activities such as children's parties and consultations, such as the example of the topic of unemployment, allow the NPD to appear as a normal citizen party. Their hatred against migrants/women, leftists, homosexuals and all others, who do not fit into their contemptuous world view, can be spread so easily and they can anchor themselves in the middle of society.

Think global, act local – aktiv werden gegen Neonazis in kommunalen Gremien Die Arbeit gegen Neonazis darf gerade auf kommunaler Ebene nicht vernachlässigt werden. Die Entscheidung der etablierten Parteien, vielerorts generell nicht zusammen mit der NPD oder anderen extrem rechten Parteien zu stimmen – und sei der Antrag auch noch so unverfänglich – ist in diesem Sinne ein guter Anfang. So nämlich wird der Normalisierungseffekt, den sich die Neonazi-Parteien durch kommunale Politik erhoffen, empfindlich gestört. Den Neonazis ist bewusst: »(...) wenn auf kommunaler und Kreis-ebene die NPD präsent ist, wird ein landesweiter oder gar bundesweiter Wahlerfolg möglich sein.« (»Deutsche Stimme«) Diese Strategiekette muss erkannt und unterbrochen werden. Mit Beobachtung und Bildung vor Ort muss die notwendige Sensibilität im Umgang mit NPD und anderen rechten Parteien angemahnt, trainiert und ausgeübt werden. Ausgrenzung und Demaskierung muss auch auf kommunaler Ebene erfolgen – getragen durch alle demokratischen Akteure/-innen. Der »Neonazi von nebenan« ist nicht weniger gefährlich, nur weil er bei der Feuerwehr ist oder sich für den Tierschutz einsetzt – er vertritt die gleiche menschenverachtende Ideologie wie der totschlagende Mob auf der Straße, nur gelingt es ihm, diese besser zu verpacken.

